

**Bundesverband Großhandel,
Außenhandel, Dienstleistung e.V.**

Am Weidendamm 1A
10117 Berlin

Telefon 030 59 00 99-571
Telefax 030 59 00 99-519

www.bga.de

info@bga.de

Ansprechpartner:

Michael Alber

Geschäftsführer
Volkswirtschaft und Finanzen
michael.alber@bga.de

Johannes Golgath

Volkswirtschaft und Finanzen
johannes.golgath@bga.de

Editorial

Der geopolitische Wandel und der internationale Wettbewerb setzen den Standort Deutschland unter erheblichen Druck. Nach dem World Competitiveness Ranking 2024 ist Deutschland innerhalb von zehn Jahren von Platz sechs auf Platz 24 zurückgefallen. Bürokratie und Kosten, schwache Innovations- und Investitionstätigkeit, überlastete Infrastruktur und fehlende Fachkräfte belasten die Leistungsfähigkeit Deutschlands. Hinzu kommen im weltweiten Vergleich insbesondere mit hohen Belastungen bei Steuern und Abgaben wenig attraktive wirtschaftliche Rahmenbedingungen. Impulse der Politik erfolgen daran gemessen zu langsam, zu schwerfällig und unzureichend.

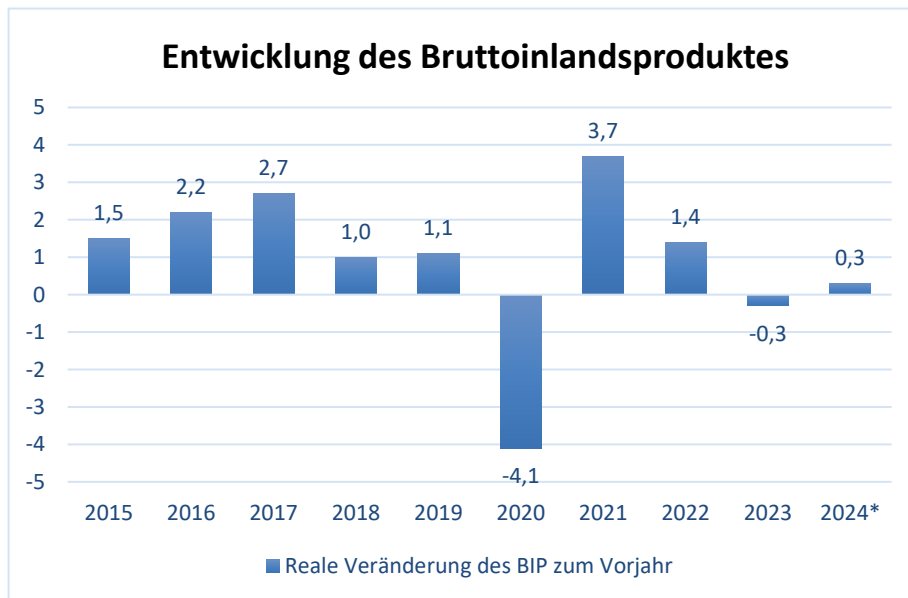
Ausbleibende, wirksame Modernisierungen und Vereinfachungen der rechtlichen Rahmenbedingungen in Verbindung mit einer schwachen wirtschaftlichen Entwicklung lassen die Stimmung im Großhandel auf einen historischen Tiefstand sinken. In der dem BGA-Großhandelsklimaindikator zugrunde liegenden BGA-Konjunkturumfrage vom Sommer 2024 spiegelt sich dem folgend auch eine große Unzufriedenheit mit der Arbeit der Bundesregierung. Die Unternehmerinnen und Unternehmer erwarten eine spürbare Reduzierung von Bürokratie und Kosten und damit mehr Freiraum für unternehmerische Gestaltung angesichts der schwachen Konjunktur und des herausfordernden strukturellen Wandels.

Die für den Jahresverlauf 2024 erwartete konjunkturelle Erholung ist bislang ausgeblieben. Die Umsatzentwicklung im Großhandel bleibt schwach, während die Kostenentwicklung nach der BGA-Konjunkturumfrage in die falsche Richtung zeigt. Mit Investitionen in Geschäftsausweitungen halten sich die Unternehmen mit Blick auf die erforderliche Bewältigung der strukturellen Herausforderungen aus Diversifizierung, Dekarbonisierung, Digitalisierung und Fachkräftemangel zurück. Vielmehr zeichnet sich ab, dass bei fortbestehendem hohem Bedarf an Fachkräften die Tendenz zum Beschäftigungsabbau steigt.

Das Wachstum des Bruttoinlandsproduktes liegt im ersten Halbjahr 2024 mit -0,3 Prozent auf dem Niveau des Vorjahres und lässt somit aktuell allenfalls Stagnation erwarten. Auch die Umsätze im Großhandel entwickeln sich weiter schwach. Nach einem Rückgang im Jahr 2023 nominal um -4,1 Prozent gaben diese im ersten Halbjahr 2024 um -2,5 Prozent nach. Damit entwickelt sich der Großhandel noch unter dem zum Jahreswechsel 2023/24 erwarteten Wachstumspfad. Zudem wurden im ersten Halbjahr ebenfalls wieder real weniger Güter und Dienstleistungen verkauft. Auf Grundlage dieser Ausgangssituation vermag der BGA eine zeitnahe konjunkturelle Erholung nicht zu erkennen, wenn die angekündigte Wachstumsinitiative der Bundesregierung erneut in rechtlicher Kleinteiligkeit und falschen politischen Prioritäten hängen bleibt. Mehr Dynamik durch eine wirksame Wachstumsinitiative ist möglich und erforderlich, um die konjunkturelle Schwäche und die strukturellen Herausforderungen zu meistern.

Wirtschaftliche Entwicklung in Deutschland

Die Wachstumsaussichten für die deutsche Wirtschaft sind trübe. In den vergangenen Jahren ist die wirtschaftliche Entwicklung in Deutschland stark von Krisen geprägt. Nach dem Einbruch des Bruttoinlandsproduktes im Jahr 2020 im Zuge der Corona-Pandemie konnte die deutsche Wirtschaft bereits im Folgejahr wieder um 3,7 Prozent zulegen und den Einbruch bis 2022 aufarbeiten. Aufgrund der stark ansteigenden Nachfrage stellten sich allerdings Versorgungsengpässe ein, in deren Folge die Preise anzogen. Im Februar 2022, als Russland seinen völkerrechtswidrigen Angriffskrieg auf die Ukraine begann, spitzte sich die Lage auch infolge der ausgelösten Energiekrise zu. In der zweiten Jahreshälfte resultierte hieraus eine sich abschwächende Wirtschaftsentwicklung. Insgesamt fiel das Wirtschaftswachstum 2022 damit schwächer aus als im Vorjahr, konnte aber dennoch um 1,4 Prozent zunehmen. Diese Eintrübung setzte sich auf Grund von Verunsicherungen und Unwägbarkeiten 2023 weiter fort.



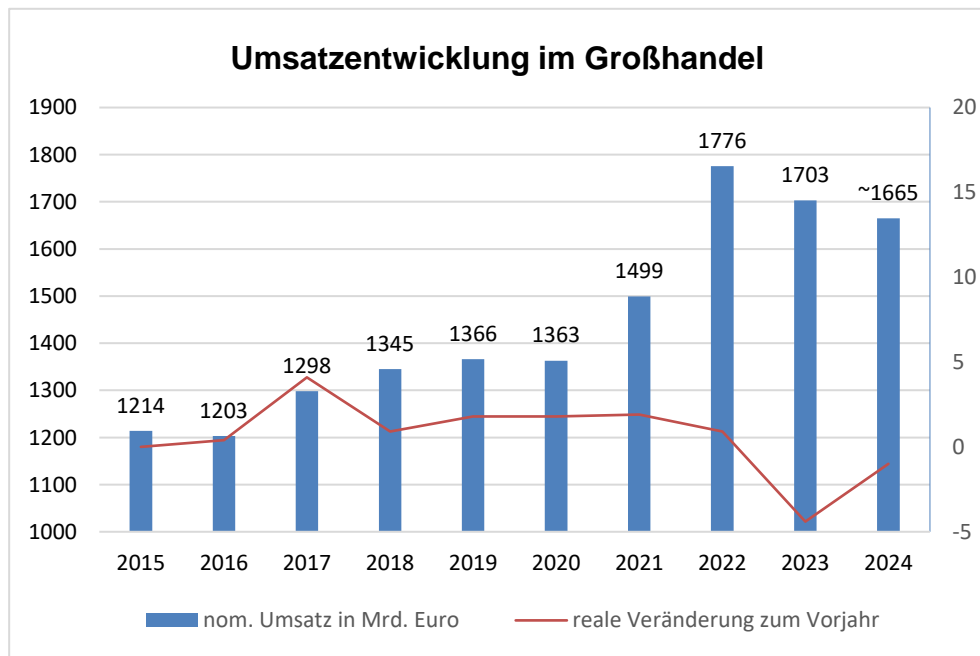
Während der Preisdruck zum Ende des Jahres 2022 nachließ, verharrten die Energiepreise und die Verbraucherpreise allerdings weiterhin auf hohem Niveau. Die Politik versuchte den Kaufkraftverlusten mit steuerlichen Entlastungsmaßnahmen entgegen zu wirken. Die Unternehmen andererseits sehen sich weiterhin hohen Kosten durch erhöhte Zinsen, Energiepreise und Kosten für Personal, Bürokratie und Logistik ausgesetzt. In der Summe überwiegen jedoch die belastenden Effekte, wodurch das Bruttoinlandsprodukt (BIP) 2023 um -0,3 Prozent sank. In den letzten drei Quartalen des Jahres 2023 waren jeweils negative Wachstumsraten zu verzeichnen, die zum Ausdruck bringen, dass Deutschland definitiv in eine Rezession rutschte.

Im ersten Quartal 2024 sank das BIP um -0,8 Prozent gegenüber dem Vorjahr. Im zweiten Quartal stagnierte die Wirtschaftsleistung preis- und kalenderbereinigt. Nach der Frühjahrsprojektion des Bundesministeriums für Wirtschaft und Klimaschutz (BMWK) erwartet die Bundesregierung für 2024 ein Wirtschaftswachstum von +0,3 Prozent. Den prognostizierten Aufschwung vermag der BGA jedoch aus den Daten und Indikatoren nicht zu erkennen. Aufgrund der geopolitischen Herausforderungen und der schwächelnden Wirtschaft bleibt der BGA weiterhin für 2024 verhalten und rechnet eher mit einer stagnativen Gesamtentwicklung.

Quelle: DESTATIS; Grafik: BGA. * Prognose nach der Frühjahrsprojektion des BMWK

Entwicklung des Großhandels

Die Umsätze im Großhandel entwickeln sich aufgrund der schwierigen Wirtschaftslage schwächer als erwartet. So liegen die Umsätze in der Summe des Auf und Ab im ersten Halbjahr 2024 nominal um -2,8 Prozent unter dem Vorjahr. Und auch real wurde erneut mit -1,2 Prozent weniger an Gütern und Dienstleistungen verkauft als im Vorjahr. Während der Corona-Pandemie begannen die Umsätze, bedingt durch Engpässe und die Wertschöpfungskette durchlaufende Preisanstiege, nominal zu steigen. Die realen Umsätze folgten dieser Entwicklung jedoch nicht, sondern begannen in die gegenläufige Richtung zu tendieren. Seit April 2022 lässt der Preisdruck auf die Großhandelspreise nach, weshalb auch der Umsatzanstieg der nominalen Entwicklung wieder nachlässt. Seit April 2023 befinden sich die Großhandelspreise sogar unterhalb des Vorjahresniveaus. Entsprechend nimmt die nominale Umsatzentwicklung ab. Die reale Entwicklung zeigt zudem, dass seit September 2022 weniger an Gütern und Dienstleistungen verkauft wurden. Für die Entwicklung des Großhandels im Jahr 2024 bleibt der BGA angesichts der ausbleibenden Konjunkturbelebung und unzureichender wirtschaftlicher Impulse verhalten.



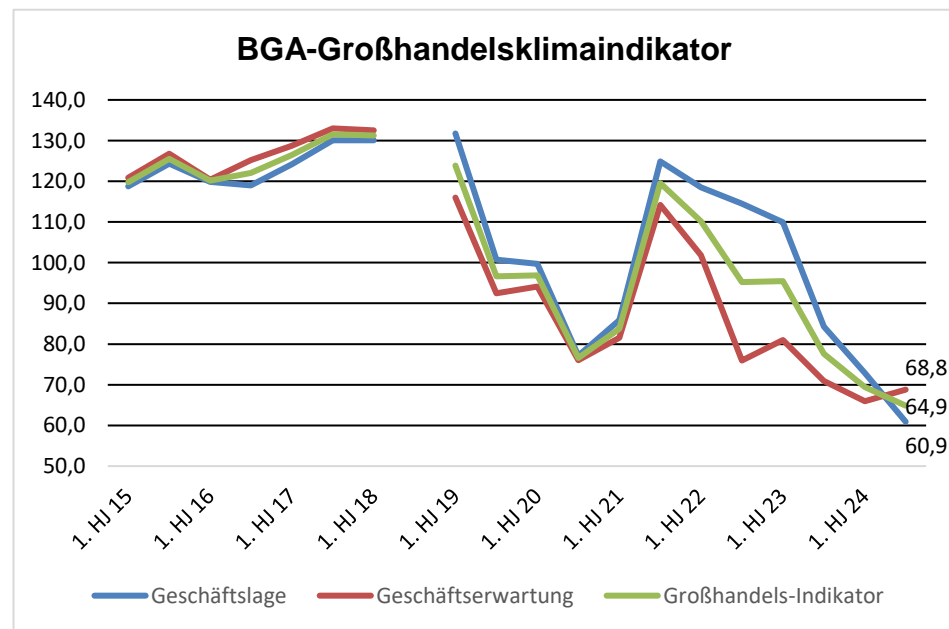
Quelle: DESTATIS; Grafik: BGA

Im Jahr 2022 nahmen die Umsätze um 18,6 Prozent zu. Insgesamt wurden Güter und Dienstleistungen im Wert von 1.776 Milliarden verkauft. Real betrug der Zuwachs jedoch nur 0,9 Prozent. 2022 begannen sich auch die Folgen des russischen Angriffskrieges auf die Ukraine in Form von Versorgungsengpässen und erhöhten Kosten, vor allem für Energie, negativ auf den Großhandel auszuwirken. Zudem lasten zwischenzeitlich neue Bürokratie, weiterhin teure Energie und hohe Zinsen negativ auf der Entwicklung. Wirksame politische Impulse bleiben aus, um die wirtschaftliche Dynamik zu stärken. Als Folge verzeichnen die Unternehmen im Großhandel seit dem zweiten Quartal 2023 rückläufige Umsätze. Insgesamt sanken die Umsätze 2023 nominal um -4,1 Prozent, real lagen sie -4,5 Prozent unterhalb des Vorjahres.

Der Großhandel ist volatil in das Jahr 2024 gestartet. Der Trend im ersten Halbjahr 2024 zeigt mit seinen deutlichen Schwankungen zwischen -11,5 Prozent und +9,3 Prozent in die falsche Richtung. Der BGA erwartet für 2024, dass die Umsätze nominal und real unter 2023 liegen. Nach dem Rückgang 2023 auf rund 1.700 Milliarden Euro erwartet der BGA für 2024 einen weiteren Rückgang, wenn auch abgeschwächt – um -2 Prozent nominal auf 1.665 Milliarden Euro. Real erwartet der BGA einen Rückgang um etwa 1 Prozent.

BGA-Großhandelsklimaindikator

Die im Jahresverlauf 2024 erwartete konjunkturelle Erholung zeichnet sich nach der Stimmungslage im Großhandel nicht ab. Die Konjunktur befindet sich in einer Seitwärtsentwicklung. Die globalen Herausforderungen belasten den Außenhandel, in vielen Sektoren kämpfen die Unternehmen mit der ökologischen Transformation, der Wohnungsbau leidet unter hohen Zinsen, Baukosten und rechtlichen Regulierungen und im Konsumsektor zeigen sich Zurückhaltung und sich ändernde Konsumentenpräferenzen. Die vielfältigen Initiativen der Bundesregierung haben für Konjunktur und Strukturwandel bislang keine dynamisierenden Impulse ausgelöst. Investitionsanreize sind unzureichend, der Bürokratieabbau kommt nicht voran, stattdessen sehen sich die Unternehmen mit steigenden Kosten und erhöhten Anforderungen an Informations- und Nachweispflichten konfrontiert, die ihre Wettbewerbsfähigkeit auf dem internationalen und auch auf dem heimischen Markt unter Druck bringen.



Quelle: BGA-Unternehmensbefragung; August 2024; Grafik: BGA

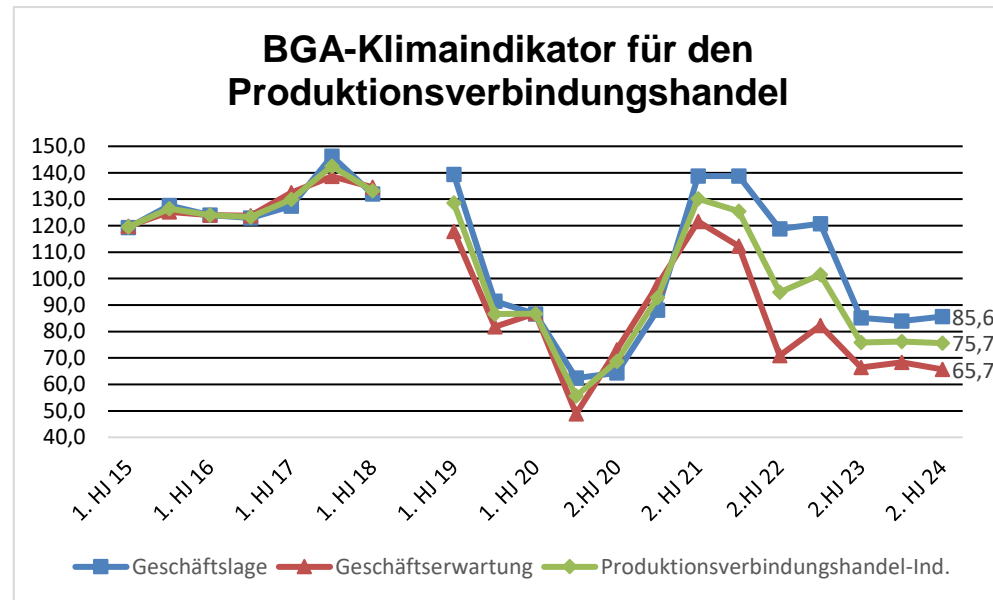
Eine schwache Wirtschaftskonjunktur und ausbleibende politische Impulse drücken massiv auf die Stimmung im Großhandel. Die Stimmung ist nach der Regierungsübernahme durch die Ampel-Koalition in einen Sturzflug übergegangen, der bislang nicht abgefangen werden konnte. Die Stimmung erreicht im Sommer 2024 einen historischen Tiefstand seit der erstmaligen Erhebung des BGA-Großhandelsklimaindikatoren für 1998. Darin spiegelt sich eine massive Enttäuschung über die Bundesregierung.

Nach der Unternehmensbefragung des BGA zur wirtschaftlichen Lage und den weiteren Perspektiven im Großhandel vom Sommer 2024 sackt der BGA-Großhandels-Klimaindikator um 4,5 Punkte auf einen Wert von 64,9 Punkten ab. Dabei bringen Werte über 100 eine positive, Werte unter 100 eine negative Bewertung zum Ausdruck. Zum Jahreswechsel 2023/24 lag der Klima-Indikator noch bei 69,4 Punkten, was bereits eine pessimistische Stimmung spiegelte.

Ursächlich für diese negative Bewertung ist vor allem die Einschätzung der aktuellen Lage, die um 12 Punkte auf 60,9 Punkte deutlich nachgegeben hat. Die Geschäftserwartungen haben dagegen erstmals wieder zugelegt - um 2,8 Punkte - und liegen mit 68,8 Punkten erstmals wieder über der Lagebewertung. Eine Trendwende ist damit noch nicht eingeleitet, aber die Hoffnung besteht, dass sich die Lage perspektivisch bessert.

Produktionsverbindungshandel

Die Stimmung im Produktionsverbindungshandel verharrt nach der BGA-Konjunkturumfrage vom Sommer 2024 auf niedrigem Niveau. Seit dem deutlichen Einbruch im Sommer 2023 hat sich die Situation kaum verändert. Zwar wird die aktuelle Geschäftslage etwas besser bewertet als noch vor einem halben Jahr, aber zugleich wird wieder etwas pessimistischer in die Zukunft geblickt. Die stagnierende Entwicklung des BGA-Klimaindiktors für den Produktionsverbindungshandel lässt weiterhin kaum auf eine Erholung schließen. Als Indikator für die Industrieproduktion und den Export stimmt dies den BGA mit Blick auf die weitere Entwicklung des Wirtschaftsmodells Deutschland bedenklich. Innovative Technologien, führende Positionen im Maschinen- und Anlagenbau, im Automobilsektor und auch in der Chemie und eine gute Wettbewerbsfähigkeit sind Voraussetzung für Erfolg im Außenhandel und eine dynamische Entwicklung der Binnenwirtschaft.



Seit dem starken Einbruch im Sommer 2023 verzeichnet der BGA-Klimaindikator im Produktionsverbindungshandel einen Wert von rund 76 Punkten und liegt damit deutlich im pessimistischen Bereich. Im Vergleich zur Umfrage zum Jahreswechsel 2023/24 hat er 0,6 Punkte eingebüßt.

Die Geschäftserwartungen haben um 3 Punkte nachgegeben und liegen bei 65,7 Punkten. Die Einschätzung der aktuellen Geschäftslage hat sich dagegen auf geringem Niveau um 1,6 Punkte auf 85,6 Punkte verbessert. Allerdings liegen die Erwartungen weiterhin deutlich unter der Lagebewertung.

Eine Belebung lässt dies nicht erwarten, zumal wichtige Sektoren, mit denen der Produktionsverbindungshandel als Lieferant und Kunde verbunden ist, - wie Automobil, Maschinen- und Anlagenbau, Chemie - konjunkturell schwächeln und sich neben den geopolitischen Konflikten mit vielfältigen strukturellen Herausforderungen konfrontiert sehen.

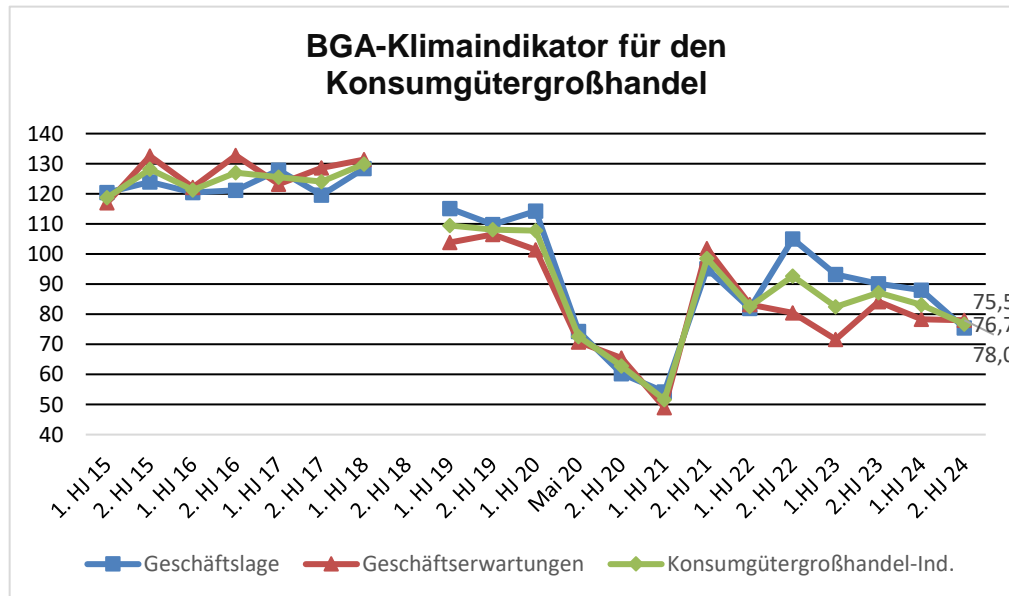
Auch deutet die Umsatzentwicklung nicht auf eine Erholung hin. 2023 gaben die Umsätze im Produktionsverbindungshandel um -9 Prozent nominal und real um -5 Prozent nach. Im ersten Halbjahr

2024 lagen die Umsätze um -6,7 Prozent nominal und -3,5 Prozent real unter dem schon rückläufigen Vorjahr. Für die absoluten Umsätze leitet der BGA aus dem aktuellen Stimmungsbild ab, dass die Umsätze im Produktionsverbindungshandel nach 1.008 Milliarden Euro im Jahr 2022 und 918 Milliarden Euro im Jahr 2023 um rund 60 Milliarden 2024 geringer ausfallen dürften und somit bei rund 858 Milliarden Euro liegen werden.

Konsumgütergroßhandel

Die Stimmung im Konsumgütergroßhandel bleibt volatil. Im Sommer 2024 hat sie sich weiter eingetrübt und setzt damit den seit Sommer 2023 wieder festzustellenden negativen Trend fort. Zwar wirken sich die rückläufige Inflation, Lohn- und Gehaltserhöhungen und die steuerlichen Anpassungen bei den Verbrauchern positiv aus, allerdings bleibt das Konsumverhalten weiterhin zurückhaltend. Angesichts des schwächelnden Außenhandels, der schwierigen Lage im Produktionsverbundhandel und am Bau ist der Konsumgütergroßhandel aktuell dennoch ein wichtiger stabilisierender Faktor für die wirtschaftliche Entwicklung.

Der BGA-Klimaindikator für den Konsumgütergroßhandel sinkt im Sommer 2024 um 5,5 Punkte auf 76,7 Punkte und bleibt damit weiterhin im deutlich pessimistischen Bereich. Die Bewertung der aktuellen Lage ist in einen deutlichen Sinkflug übergegangen. Diese wird nun mit 75,5 Punkten um 12,5 Punkte niedriger bewertet als noch zum Jahreswechsel 2023/24. Die Geschäftserwartungen der Konsumgütergroßhändler sind dagegen kaum verändert und verbleiben mit 78,0 Punkten auf einem niedrigen Niveau. Die aktuelle Lagebewertung wird damit negativer bewertet als die Erwartungen an die weitere Entwicklung. Die steuerlichen Entlastungen zur Anpassung an die Inflation haben zu einer Stabilisierung beigetragen, aber entscheidende Konjunkturimpulse bleiben bislang aus. Die Verbraucher bleiben angesichts der bestehenden Unsicherheiten über die weitere Entwicklung, über Einkommen und angesichts hoher Kostenbelastungen zurückhaltend.

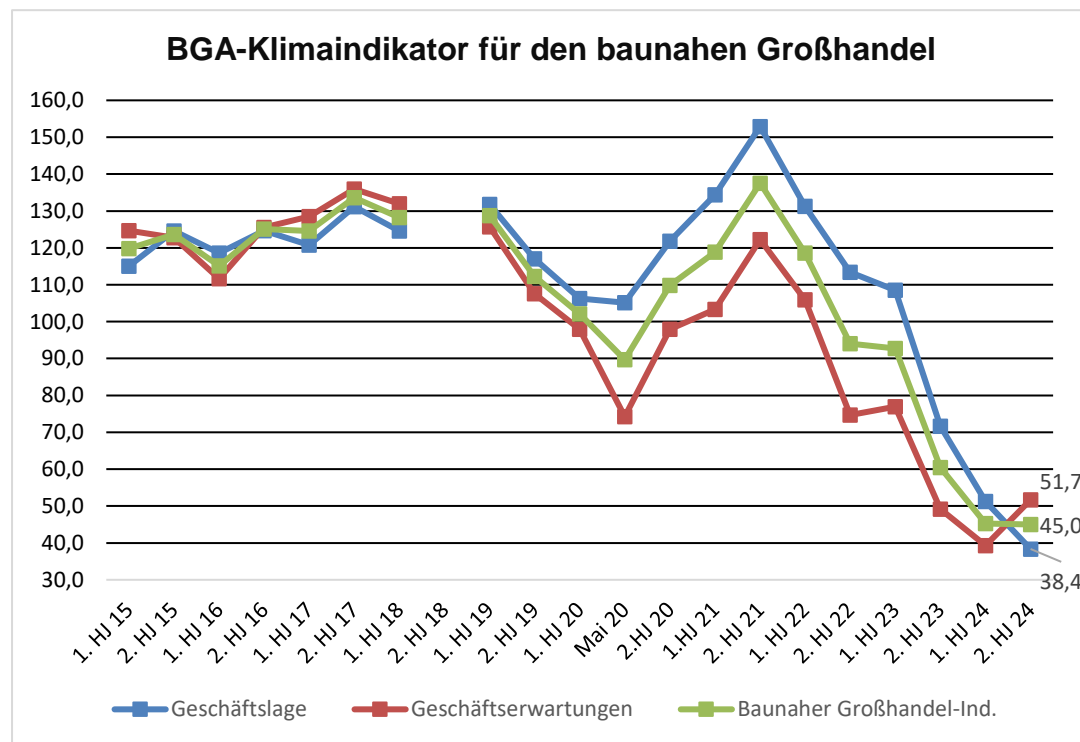


Quelle: BGA-Unternehmensbefragung; August 2024; Grafik: BGA

Im Jahr 2023 blieben die Umsätze nominal mit +2,6 Prozent weiter aufwärtsgerichtet, während real -3,7 Prozent weniger an Konsumgüter gehandelt wurden. Im Jahre 2024 zeichnet sich eine stark schwankende Entwicklung ab. So zeigten sich nominale Veränderungsdaten im ersten Halbjahr zwischen +12 Prozent und -6,3 Prozent nominal. Insgesamt liegen die Umsätze jedoch um 2,4 Prozent nominal und 1,7 Prozent real über Vorjahr. Der BGA geht davon aus, dass sich die volatile Entwicklung weiter fortsetzt, da Signale der Entlastung über Anpassungen an die Inflation hinaus politisch fraglich sind. Entsprechend geht der BGA davon aus, dass die absoluten Umsätze nach 751 Milliarden Euro im Jahr 2022 und 771 Milliarden Euro im Jahr 2023 bei einer weiterhin verhaltenen Entwicklung preisinduziert auf 782 Milliarden Euro steigen können.

Baunaher Großhandel

Die Stimmung der Unternehmen im baunahen Großhandel hat sich nach der BGA-Konjunkturumfrage auf einem historischen Tiefstand stabilisiert. Ausbleibende Aufträge und steigende Kosten prägen die Stimmung im baunahen Großhandel. Die Regierungskoalition hatte sich zum Ziel gesetzt, dem hohen Bedarf an Wohnungen durch die Schaffung von jährlich 400.000 neue Wohnungen zu entsprechen. Doch die Zahl der Baufertigstellungen und Baugenehmigungen weist in die falsche Richtung. Im vergangenen Jahr wurden mit 294.400 Wohnungen etwa 12.000 Wohnungen weniger fertiggestellt als 2020 und die Baugenehmigungen lagen mit nur noch knapp 260.000 um 108.000 unter den 2020 genehmigten Wohnungen.



Quelle: BGA-Unternehmensbefragung; August 2024; Grafik: BGA

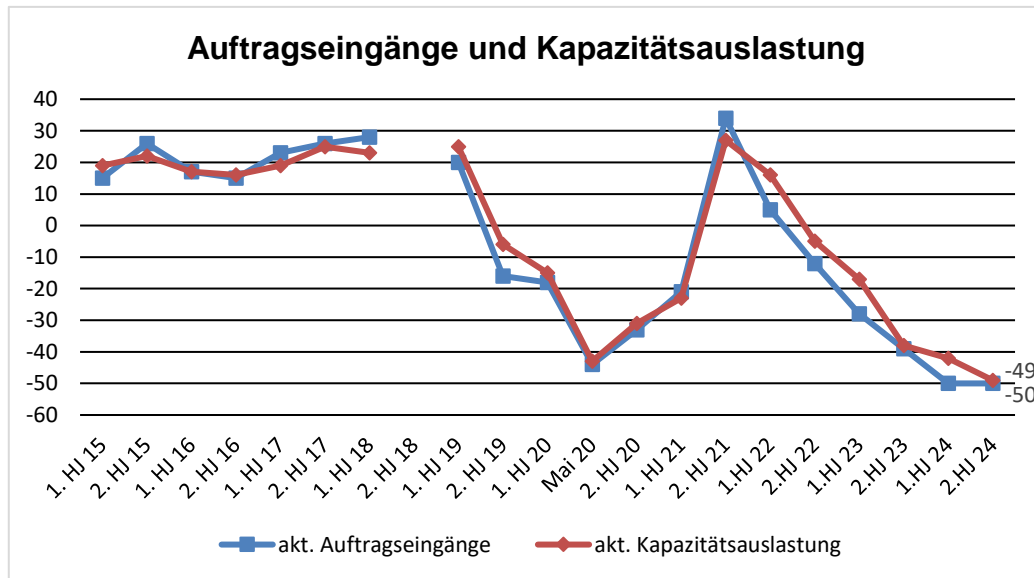
Während die Bautätigkeit im öffentlichen Sektor ein hohes Niveau erreicht hat – 2024 sind über 50 Milliarden Euro allein beim Bund an Investitionen geplant, 2025 sollen die Investitionen über 78 Milliarden Euro – betragen, schwächelt der gewerbliche Bau und insbesondere der Wohnungsbau. Hohe Baukosten und Zinsen, erhöhte Anforderungen einerseits sowie Einkommensunsicherheiten und Zurückhaltung bei Bauinteressierten andererseits erschweren die Entwicklung insbesondere beim Neubau. Die geringe Bautätigkeit und eine schwache Auftragslage prägen daher die Stimmung bei den baunahen Großhändlern.

Der Klimaindikator verharrt nach der BGA-Konjunkturumfrage vom Sommer 2024 auf einem Wert von 45 Punkten und liegt damit deutlich im negativen Bereich. Während aber die Bewertung der aktuellen Lage um 13 Punkte auf 38,4 Punkte weiter nachgegeben hat, haben sich die Erwartungen auf niedrigem Niveau aufgehellt. Die Erwartungen konnten um 12,5 Punkte auf fast 52 Punkte zulegen.

Nur wenn sich die wirtschaftliche Lage wieder verbessert und die rechtlichen Maßnahmen zur Erleichterung und Beschleunigung von Baumaßnahmen Wirkung zeigen, können nach Einschätzung des BGA die verschiedenen finanziellen und steuerlichen Förderanreize Wirkung entfalten und zu einer Belebung des Wohnungsbaus führen.

Auftragseingänge und Kapazitätsauslastung

Nach der BGA-Umfrage im Sommer 2024 bewerten die Großhändler die Entwicklung von Auftragseingängen und Kapazitätsauslastung erneut deutlich schwächer als noch zum Jahreswechsel 2023/24. Der seit Anfang 2022 festzustellende Negativtrend setzt sich damit weiter fort. Wesentliche Ursachen sind in der schwachen Weltkonjunktur zu suchen, die vor allem die Nachfrage aus dem Ausland spürbar mindert, und den ausbleibenden binnenwirtschaftlichen Impulsen sowie den Belastungen aus den aktuellen strukturellen Herausforderungen.



Quelle: BGA-Unternehmensbefragung, August 2024; Grafik: BGA

Nachdem die Bewertung der Auftragseingänge fünf Mal in Folge nachgelassen hat, stagniert diese auf einem Wert von -50 Punkten. Das ist der niedrigste Wert seit Erstellung des BGA-Klimaindikatoren im Jahr 1998.

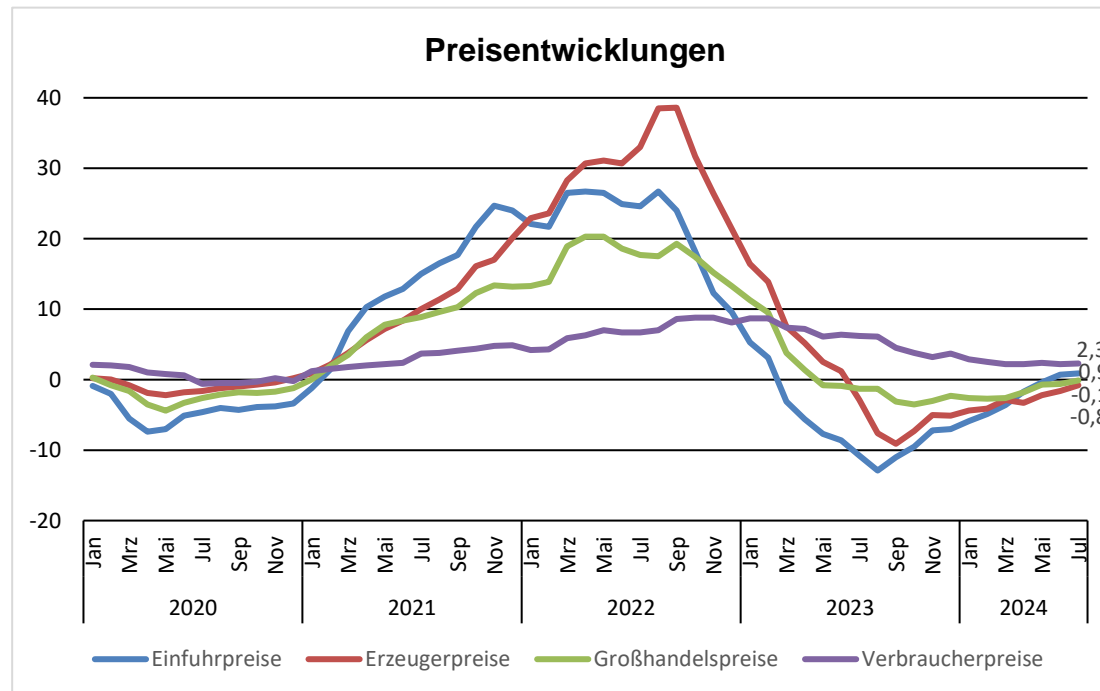
Der Negativtrend ist in der Bewertung der Kapazitätsauslastung weiterhin festzustellen. Diese gab nochmals um 7 Punkte auf nun -49 Punkte nach und ist damit zum sechsten Mal in Folge zurückgegangen.

Beide Komponenten des Großhandelsindikators bilden wichtige Größen für die weitere Entwicklung der wirtschaftlichen Lage im Großhandel ab und deuten auf eine weiterhin verhaltene Entwicklung im Großhandel.

Besonders im baunahen Großhandel werden Auftragseingänge und Kapazitätsauslastung jeweils mit einem Wert von -70 Punkten besonders kritisch bewertet. Im Produktionsverbundhandel mit jeweils -59 Punkten und im Konsumgütergroßhandel wird die Kapazitätsauslastung mit -23 und die Auftragseingänge mit -32 weniger pessimistisch bewertet.

Preisentwicklung

Die Preisentwicklung normalisiert sich. Die Inflation, die im Oktober 2022 einen Spitzenwert mit 8,8 Prozent erreichte, lag im August 2024 mit 1,9 Prozent erstmals wieder unter der Zielmarke der Europäischen Zentralbank von 2 Prozent. Auch auf den Vorstufen zeichnet sich eine Trendwende ab. Während im Zuge der konjunkturellen Eintrübung nach dem völkerrechtswidrigen Angriff Russlands auf die Ukraine der Preisdruck wieder nachgab und zunächst die Einfuhrpreise, gefolgt von den Erzeugerpreisen und den Großhandelspreisen wieder sanken, nahm diese negative Preisentwicklung seit Sommer 2023 wieder ab. Aktuell zeichnet sich für 2024 ab, dass die Preise auf den verschiedenen Vorstufen wieder leicht anziehende Tendenz entwickeln.



Quelle: BGA-Unternehmensbefragung, August 2024; Grafik: BGA

Die Einfuhrpreise stiegen im Juli 2024 um +0,9 Prozent, zu Jahresbeginn lagen sie noch um -5,9 Prozent unter Vorjahr. Die Erzeugerpreise gaben im Juli zwar um -0,8 Prozent nach, im Juni lagen diese aber noch um -1,6 Prozent unter Vorjahr, im Januar betrug der Rückgang noch -4,4 Prozent.

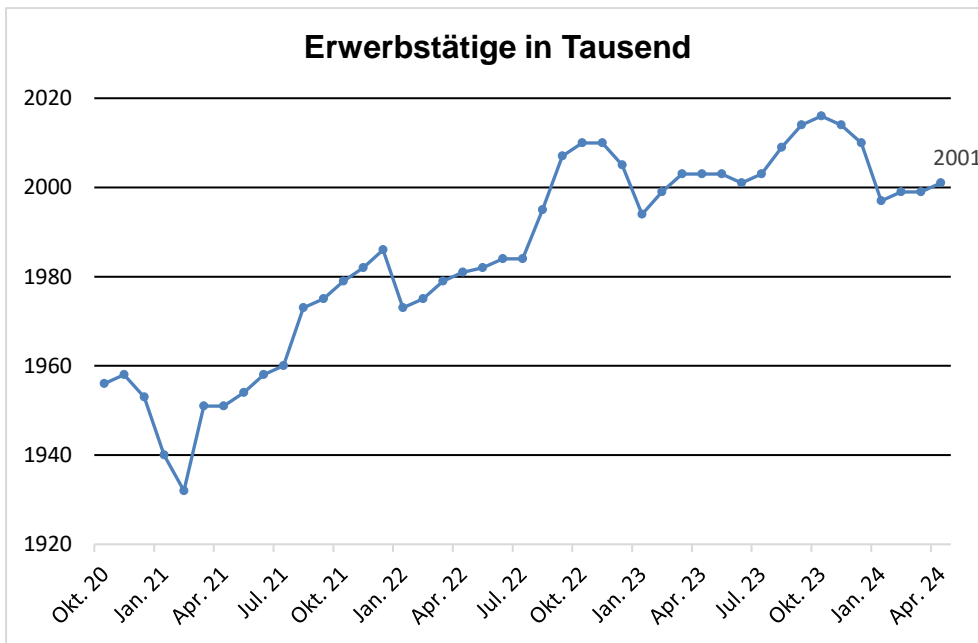
Die Großhandelspreise folgen dieser Tendenz. Sie lagen zu Jahresbeginn um -2,6 Prozent niedriger als noch ein Jahr zuvor, im August 2024 lagen diese nur noch um -1,1 Prozent unter Vorjahr, im Juli lagen sie nahezu auf Vorjahr (-0,1 Prozent gegenüber Vorjahresmonat).

Auf Grundlage der BGA-Konjunkturumfrage vom Sommer 2024 geht der BGA davon aus, dass sich diese Tendenz weiter fortsetzt. Während fast jedes fünfte Unternehmen mit fallenden Verkaufspreisen im zweiten Halbjahr 2024 rechnet, erwartet dagegen jedes vierte Unternehmen steigende Verkaufspreise. 58 Prozent gehen von etwa gleichbleibenden Verkaufspreisen aus.

Entwicklung der Beschäftigung

Der Zenit des Beschäftigungsaufbaus im Großhandel scheint erreicht. Im Oktober 2023 wurde mit 2,016 Millionen Erwerbstätigen ein neuer Rekordwert erreicht. Im Zuge der wirtschaftlichen Eintrübung zum Jahreswechsel 2023/24 hat die Beschäftigung wieder nachgegeben und ist kurzzeitig zu Beginn des Jahres 2024 unter die 2 Millionen-Marke gesunken. Bis in den April 2024 stieg die Beschäftigung im Großhandel mit 2,001 Millionen Erwerbstätigen wieder über der 2-Millionen-Marke.

Nach der BGA-Konjunkturumfrage im Sommer 2024 tendieren die Großhändler überwiegend dazu, ihre Beschäftigung nicht weiter auszubauen. Zwar rechnen drei von fünf Unternehmen im zweiten Halbjahr 2024 nicht mit personellen Veränderungen. Und auch nur in jedem zehnten Unternehmen wird von einer Zunahme ausgegangen. Allerdings rechnen inzwischen drei von zehn Unternehmen mit einem Abbau der Beschäftigung, zum Jahreswechsel 2023/24 waren es nur gut zwei von zehn Unternehmen. In dieser Entwicklung spiegelt sich nach Einschätzung des BGA trotz fortbestehendem Fachkräftebedarf der zunehmende Kostendruck bei den Personalausgaben. Neun von zehn Unternehmen sehen hierhin aktuell auch den Hauptkostentreiber.



Quelle: Destatis; Grafik: BGA

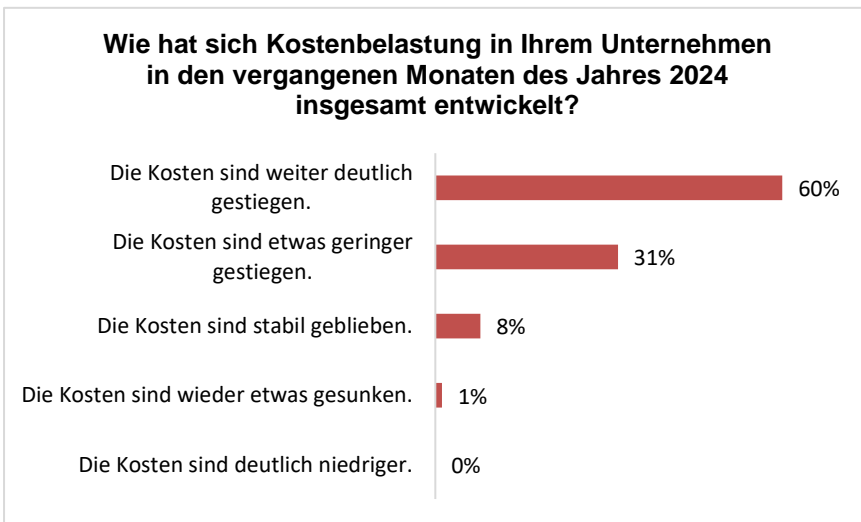
Die Ausbildungsabsichten bleiben dabei noch stabil, zeigen aber auch erste Signale einer steigenden Zurückhaltung. Die Absicht, jungen Menschen im Großhandel eine berufliche Zukunft zu geben, wird von 58 Prozent der Unternehmen unterstützt, zum Jahreswechsel 2023/24 waren es noch 64 Prozent. Spiegelbildlich ist die Zahl der Unternehmen, die keine Auszubildenden einstellen, von 36 auf 41 Prozent gestiegen.

Über die weitere Beschäftigungsentwicklung wird die wirtschaftliche Lage in den Unternehmen und dabei auch die Kostenentwicklung mitentscheiden. Neben einem erheblichen Kostendruck aus der Beschaffung von benötigten Gütern und Rohstoffen und den erhöhten Energiekosten sehen sich die Unternehmen auch mit erheblichem Investitionsbedarf in die Zukunft des Unternehmens zur Bewältigung des Strukturwandels aus Diversifizierung, Dekarbonisierung, Digitalisierung und Demografie konfrontiert.

Kostenbelastung und Sorgfaltspflichten

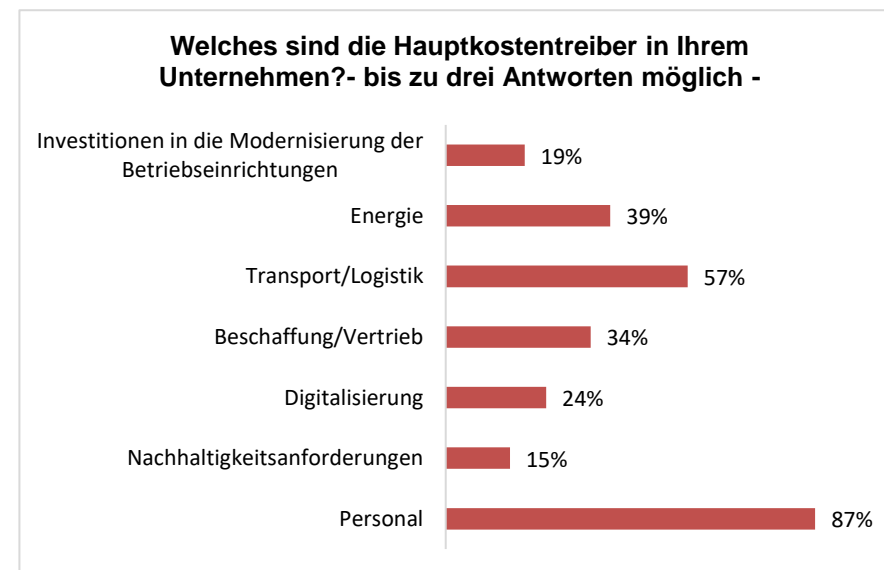
Bürokratie und Kosten belasten die Unternehmen im aktuell schwierigen wirtschaftlichen Umfeld besonders, wie die aktuelle Konjunkturmfrage zeigt. Diese befasst sich erstmals nicht nur mit der Einschätzung von Umsätzen und Erträgen, sondern auch mit den Kostenbelastungen und ihren treibenden Kräften.

Auf die Frage, wie sich die Kostenbelastung in den Unternehmen in den vergangenen Monaten des Jahres 2024 insgesamt entwickelt hat, gab lediglich ein Prozent der Unternehmen an, dass die Kosten etwas gesunken sind und für knapp acht Prozent sind diese stabil geblieben. Neun von zehn Unternehmen monieren jedoch, dass die Kosten weiter gestiegen sind, sechs von zehn Unternehmen sogar deutlich.



Quelle: BGA-Unternehmensbefragung, August 2024

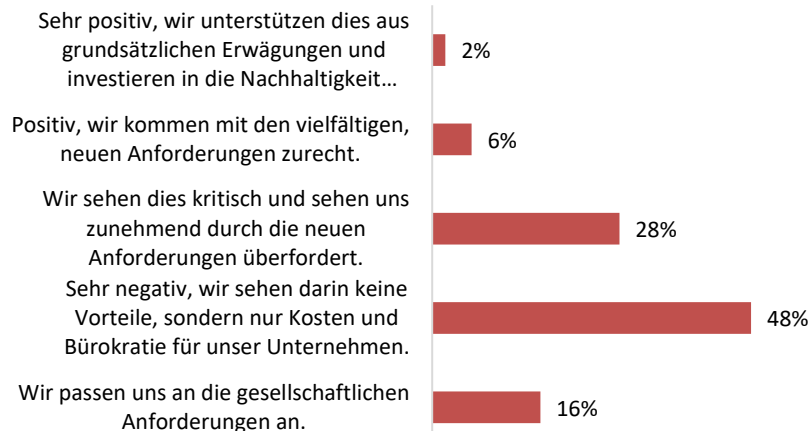
Kosten für Transport und Logistik sind mit 57 Prozent für die Mehrheit der Großhändler einer der Haupttreiber der Kostenbelastung. Auch die Energiekosten zählen für zwei von fünf Unternehmen zu den Kostentreibern. Digitalisierung, Nachhaltigkeitsanforderungen und auch Investitionen in die Modernisierung der Betriebseinrichtung werden zwar auch als kostentreibende Faktoren wahrgenommen, allerdings liegen aktuell die Personalkosten mit deutlichem Abstand an der Spitze dieser Faktoren in den Unternehmen. 87 Prozent sehen darin den Hauptkostentreiber. Nach Einschätzung des BGA spiegelt sich darin der Bedarf an knappen Fachkräften und die aktuelle Lohn- und Gehaltsentwicklung.



Quelle: BGA-Unternehmensbefragung, August 2024

In den neuen Berichts- und Informationspflichten aus dem Lieferkettensorgfaltspflichtengesetz und ähnlichen Anforderungen können bislang nur zwei Prozent der Großhändler eine positive Bewertung aus ihren Investitionen in die Nachhaltigkeit ableiten. Sechs Prozent kommen mit den Pflichten zurecht. 16 Prozent passen sich den gesellschaftlichen Anforderungen an. Mehr als drei Viertel stehen den Pflichten jedoch kritisch bzw. ablehnend gegenüber. 28 Prozent sehen sich durch die immer neuen Pflichten überfordert. 48 Prozent sehen darin keine Vorteile, sondern nur Kosten und Bürokratie für Unternehmen.

Wie sieht sich Ihr Unternehmen durch die neuen Berichts- und Informationspflichten zu Lieferkettensorgfaltspflichten und Ähnlichem betroffen?

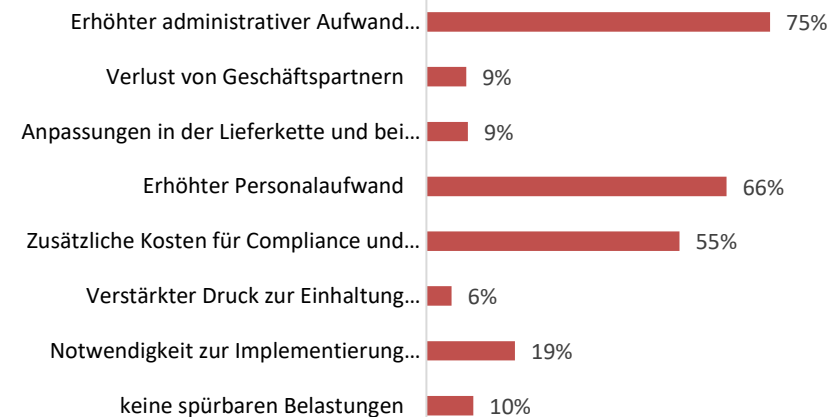


Quelle: BGA-Unternehmensbefragung, August 2024

Drei von vier Unternehmen beklagen dabei einen erhöhten administrativen Aufwand durch Anforderungen von Geschäftspartnern und etwas mehr als die Hälfte zusätzliche Kosten für Compliance und die Nachweisführung. Zugleich geben fast zwei Drittel der Großhändler erhöhten Personalaufwand für die Erfüllung der Pflichten an.

Bedeutend für die Sicherheit der Versorgung der Wirtschaft sowie der Bürgerinnen und Bürger ist, dass knapp 9 Prozent der Unternehmen infolge der Pflichten einen Verlust an Geschäftspartnern feststellen und ebenfalls 9 Prozent wegen den Pflichten Anpassungen in der Lieferkette und bei Zuliefern vornehmen. Nur jedes zehnte Unternehmen sieht keine spürbare Änderung seiner Belastungen.

Welche Belastungen resultieren aus dem deutschen Lieferkettensorgfaltspflichtgesetz für Ihr Unternehmen? - Bis zu drei Antworten möglich -



Quelle: BGA-Unternehmensbefragung, August 2024

Wie passen sich Großhändler an die neuen Anforderungen an, ist die zentrale Frage auf die neuen Anforderungen, die sich in der Kritik an zunehmender Bürokratisierung spiegelt. Mit 47 Prozent hat bislang fast die Hälfte keine Maßnahmen ergriffen und wartet nach Einschätzung des BGA die weitere Entwicklung ab. Bei den Unternehmen, die inzwischen Maßnahmen eingeleitet haben, dominieren die Anpassung interner Prozesse (28 Prozent), u. a. die Implementierung neuer IT-Programme zur Datenerhebung und -überprüfung, sowie die Schulung und Weiterbildung von Mitarbeitern (26 Prozent). Die Einrichtung einer speziellen Einheit in der Unternehmensorganisation wurde bislang nur von jedem achten Unternehmen vorgenommen.

Bei der Umsetzung der gesetzlichen Anforderungen setzen die Unternehmen somit bislang schwerpunktmäßig auf interne Maßnahmen. 45 Prozent setzen die Anforderungen durch zusätzliche Arbeitspakete mit der bestehenden Belegschaft um, und 7 Prozent stellen gezielt Fachkräfte ein. Dagegen holt bislang nur jedes fünfte Unternehmen externe Berater ins Unternehmen.

Die Anforderungen finden jedoch auch inzwischen in den Unternehmen nicht nur Anwendung, sondern führen auch zu Anpassungen in Beschaffung und Vertrieb. Bei jedem sechsten Unternehmen führten die neuen Pflichten zu einer Diversifizierung auf der Beschaffungsseite der Großhändler. Wegen den Nachhaltigkeitspflichten hat jedes neunte Unternehmen Geschäftstätigkeiten aufgegeben und jedes fünfzehnte hat Geschäftspartner gewechselt. Und jedes fünfundzwanzigste Unternehmen hat auf der Absatzseite Anpassungen durch eine Diversifizierung vorgenommen.

Die Unternehmen im Großhandel reagieren auf den gesellschaftlichen Wandel und die gesetzlichen Anforderungen. Vielfach besteht jedoch noch Verunsicherung über die Anforderungen und somit Zurückhaltung bei der innerbetrieblichen Umsetzung. Andererseits zeigt die Entwicklung, dass immer mehr Unternehmen unter erheblichem Kosten- und Personalaufwand die Anforderungen betrieblich verankern und in ihren

Geschäftsbeziehungen berücksichtigen. Dieser Wandel lässt sich nach Auffassung des BGA nicht in einer Hauruck-Politik umsetzen, sondern bedarf Zeit, Überzeugung und Informationen.

Wie passt sich Ihr Unternehmen an die EU-Gesetzgebung zur Lieferkettensorgfaltsrichtlinie, zum Grenzausgleichsmechanismus, der Entwaldungsverordnung an?



Quelle: BGA-Unternehmensbefragung, August 2024

Politische Handlungsempfehlungen

Nach der BGA-Konjunkturumfrage im Großhandel steht die deutsche Wirtschaft im globalen Wettbewerb massiv unter Druck. Zwei Drittel sehen die deutsche Wirtschaft nur ausreichend bis unzureichend aufgestellt. Gerade einmal vier Prozent stellen ein gutes Zeugnis aus. Eine Ursache sehen die Unternehmen im politischen Handeln. Fast drei von vier Unternehmen halten die Maßnahmen der Bundesregierung zur Sicherung der Wettbewerbsfähigkeit für unzureichend oder sogar falsch ausgerichtet. Nur 5 Prozent sehen die Maßnahmen positiv, aber überwiegend zu zögerlich. Ein Fünftel macht das Beste aus der aktuellen Lage aus eigener Kraft. Zusammenfassend spiegelt sich darin eine massive Unzufriedenheit mit der Bundesregierung.



Quelle: BGA-Unternehmensbefragung, August 2024

Und die Unternehmen blicken erwartend, aber zugleich auch skeptisch auf die angekündigte Wachstumsinitiative. Angesichts der wirtschaftlichen Lage, der trüben Aussichten sowie den vielfältigen Herausforderungen halten sieben von zehn Unternehmen ein Wachstumsdynamisierungspakt für erforderlich, allerdings erwarten 55 Prozent der Unternehmer, dass dies auch mit spürbaren finanziellen Entlastungen und weniger Bürokratie verbunden ist.

Die nun im Rahmen des Steuerfortentwicklungsgesetzes vorgesehenen Maßnahmen mit der Verlängerung und Erhöhung der degressiven Abschreibung, der Verbesserung der Poolabschreibung sowie der Forschungszulage sind aus Sicht des BGA zu begrüßen, eine Modernisierung des Unternehmensteuerrechts lässt trotz der Vorschläge der Expertenkommission beim BMF für eine „Vereinfachte Unternehmensteuer“ auf sich warten.

Die Unternehmen geben der Politik damit eine Chance, verlorenes Vertrauen durch wirksame Impulse zurückzugewinnen. Allerdings besteht auch das Risiko, das verbliebene Vertrauen zu verspielen, wenn die Erwartungen nach dem ausgehöhlten Wachstumschancengesetz ein weiteres Mal enttäuscht werden. Ein Fünftel hat keine Erwartungen mehr und rechnet auch nicht mit Impulsen für sein Unternehmen. Nur zwölf Prozent sehen keinen Handlungsbedarf oder geben grundsätzlich an, dass Konjunkturpakete wirkungslos bleiben.

Halten Sie ein Dynamisierungspaket zur Belebung der Konjunktur aus Sicht Ihres Unternehmens für erforderlich?



Quelle: BGA-Unternehmensbefragung, August 2024

Politischen Handlungsbedarf für attraktive Rahmenbedingungen am Standort Deutschland sehen die Großhändler vor allem beim Abbau von Bürokratie und von Kostenbelastungen (89 Prozent), gefolgt von der grundsätzlichen Forderung nach weniger Staat und mehr unternehmerischem Freiraum (54 Prozent) sowie der Senkung der Belastung mit Steuern und Beiträgen (53 Prozent). Von weiteren sozialen Leistungsausweitungen halten die Unternehmen dagegen wenig, um den Standort zu stärken (2 Prozent). Damit korrespondierend liegen die Erwartungen der Großhändler an das politische Handeln konkret vor allem auf Rechtsvereinfachungen und Bürokratieabbau (77 Prozent). Der BGA sieht sich damit in seinen Forderungen nach Nachbesserungen beim

Bürokratieabbaugesetz und zur Aussetzung der Lieferkettensorgfaltspflichten bis zu einer vertretbaren europäischen Lösung bestärkt.

Wo sollte aus Sicht Ihres Unternehmens konkret angesetzt werden, um Deutschland voranzubringen?



Quelle: BGA-Unternehmensbefragung, August 2024

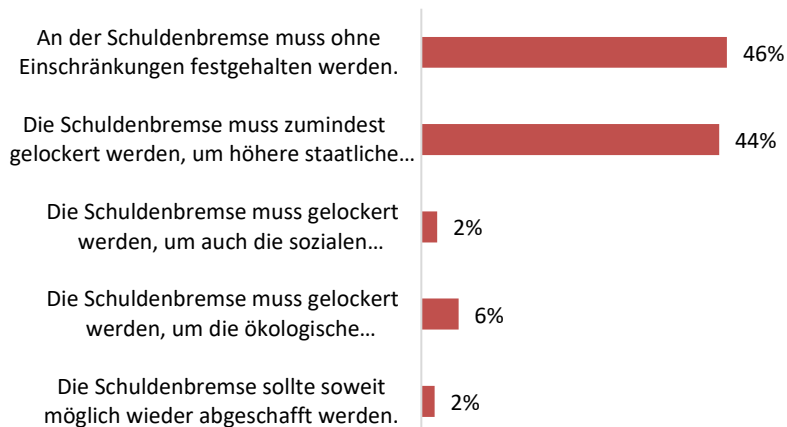
Die Energiekosten belasten die Großhändler. Mit 45 Prozent fordert fast jeder zweite Befragte eine Senkung der Belastung für Strom, Wärme und Mobilität. Auch fordern sie attraktivere Investitionsbedingungen, damit Deutschland vor allem seine technologischen Wettbewerbsvorteile sichern kann. Fast jeder dritte Großhändler plädiert für die Umsetzung einer Unternehmensteuerreform. Der BGA tritt seit langem für eine Absenkung der steuerlichen Belastung für Unternehmen auf ein international vergleichbares Niveau von 25 Prozent und strukturelle Verbesserungen ein. Die Ausweitung des Wohnungsbaus zur Schaffung des benötigten Wohnraums, die beschleunigte Modernisierung der Verkehrsinfrastruktur und keine politischen Eingriffe in die Festsetzung des gesetzlichen Mindestlohns finden ebenfalls mit rund 25 Prozent Gewicht. Für die

Unternehmensentwicklung im Vergleich weniger Priorität haben dagegen die Erleichterung der Zuwanderung, die Verlängerung der Lebensarbeitszeit und haushaltspolitische Themen.

Politisch bekennen sich die Großhändler allerdings grundsätzlich zur Schuldenbremse. Für eine Abschaffung plädieren nur zwei Prozent. Für eine Lockerung zur Berücksichtigung von sozialen Leistungen und ökologischer Nachhaltigkeit sprechen sich auch nur 8 Prozent aus. Angesichts des hohen Investitionsbedarfs plädieren 44 Prozent der Großhändler für zumindest eine Lockerung, um höhere staatliche Investitionen zu ermöglichen. Mit 46 Prozent bekennt sich jedoch der größere Teil zur Schuldengrenze ohne Einschränkungen.

Der BGA teilt die politische Einschätzung, dass Investitionen in Zukunftstechnologien, Infrastruktur, Bildung sowie auch die äußere und innere Sicherheit in einer Zeit globaler und struktureller Anforderungen hoher Stellenwert beigemessen werden muss. Dementsprechend begrüßt der BGA auch die Verstetigung der öffentlichen Investitionen auf einem hohen Niveau von 70 Milliarden Euro. Investitionen in die Zukunft können und müssen perspektivisch ohne immer neue Schulden finanziert werden, um Handlungsspielräume auch für kommende Generationen zu erhalten und diese angesichts des demografischen Wandels mit Steuern und Beiträgen nicht zu überfordern.

Wie beurteilen Sie das Festhalten an der Schuldenbremse mit Blick auf die weitere Entwicklung der öffentlichen Haushalte?



Quelle: BGA-Unternehmensbefragung, August 2024